



Berufsbeamtentum abschaffen? Nervöses Flügelschlagen hilft nicht!

Wenn es der Wirtschaft in Deutschland gut geht und richtig Geld verdient werden kann, wird der, der im Beamtenstatus arbeitet, belächelt: geringere Gehaltserhöhungen, weniger Beförderungsmöglichkeiten, kaum Flexibilität in der Wahl des Arbeitsortes, längere wöchentliche Arbeitszeiten... Mit schöner Regelmäßigkeit geraten die Beamten aber bei schlechter Wirtschaftslage ins Kreuzfeuer, wie gerade jetzt.

Beamtenstatus einschränken (Linnemann), Beitragspflicht in Sozialversicherungen (Baas) und längere Lebensarbeitszeit (Pestel - Institut) - wie unsinnig die Argumentation für längere Lebensarbeitszeit wegen höherer Lebenserwartung von Beamten ist, wird deutlich, wenn man bedenkt, dass Frauen auch eine höhere Lebenserwartung haben als Männer - auf derlei unsachliche Diskussion sollten wir nicht nervös und aufgeregt reagieren. Sie läuft sich von alleine aus, wenn es der Wirtschaft endlich wieder besser geht.

Als Neidfaktor werden gern die "hohen" Pensionen in den Raum geworfen - aber Fakt ist: die sind bei Polizei und Feuerwehr, im Strafvollzug und in der Finanzverwaltung alles andere als üppig.

Die durchschnittliche Pension mit der durchschnittlichen Rente zu vergleichen, ist genau so unredlich, wie Renten von leitenden Angestellten und Renten von Menschen zu vergleichen, die ein Leben lang am Band gearbeitet haben. Letztere senken aber die durchschnittliche Rente.

Redlich wird ein Vergleich also erst, wenn man nur in Ausbildung und Qualifikation vergleichbare Ruheständler betrachtet - und da schneidet ein großer Teil der Beamten überhaupt nicht gut ab. Lebenslang verdient der Beamte weniger als sein Kollege in Wirtschaft und Handwerk mit vergleichbarer Qualifikation. Mit der eingesparten Summe finanziert der Staat die Pensionen, ja, es finanzieren die Beamten ihre Pensionen durch Lohnverzicht quasi selbst.

Zum Glück geschieht dies ohne Verluste wie im aufgeblähten System der Rentenversicherung, die zudem noch für sachfremde Aufgaben herangezogen wird.

Die Verbeamtung ist für den Staat und damit den Steuerzahler also die günstigere Variante.

Die Probleme hoher Kosten in den Sozialversicherungen löst man durch Einbeziehung der Beamten deshalb sicher nicht.



Es ist richtig, dass die Lehrergehälter in Deutschland höher sind als in vielen europäischen Ländern. Setzt man sie allerdings ins Verhältnis zu den Steuerlasten und Lebenshaltungskosten in Deutschland, relativiert sich das aber schnell.

Vergleicht man die Höhe der Gehälter und Aufstiegschancen im Lehrerbereich mit denen in der Wirtschaft bei gleichwertiger Ausbildung, sind sie gar nicht üppig.

Offensichtlich ist die Höhe des Gehalts deshalb selten ein Argument, Lehrkraft zu werden - ja, bei der Arbeitsbelastung von Lehrkräften bei der Lehrkräftegewinnung oftmals sogar eher hinderlich.

Man müsste die Nettogehälter der Lehrkräfte also auf heutigem Niveau halten, um in Zukunft überhaupt genug Nachwuchs zu gewinnen.

Dies vorausgesetzt, müsste bei Abschaffung des Beamtenstatus und Einbeziehung der Lehrkräfte in die Rentenversicherung der Staat - und damit der Steuerzahler - den gesamten Rentenversicherungsbeitrag für die Lehrkräfte übernehmen, entweder, indem er das direkt macht oder indem er vorher die Bruttogehälter so erhöht, dass Lehrer und Staat, wie üblich, hälftig zahlen. Über die gesamte Lebensarbeitszeit einer Lehrkraft wird das für den Steuerzahler allerdings erheblich teurer als die spätere Pension - und um dem Steuerzahler und den öffentlichen Haushalten diese Mehrbelastung zu ersparen, bleiben die öffentlichen Arbeitgeber bei der Verbeamtung. Da ist es gesamtgesellschaftlich solidarischer, gleich aus öffentlichen Haushalten in die Rentenkasse zu zahlen - Steuergelder, an denen die Beamten ebenfalls ihren Anteil haben, obwohl sie mit der Rentenversicherung gar nichts zu tun haben.

Es macht keinen Sinn, nur auf die Rentenkasse zu starren ohne zu schauen, woher das Geld kommt - die Forderung von Frau Baas ist also populistisch.

Wären Lehrkräfte keine Beamte mehr, gelten ähnliche Argumentationen wie für die Rentenversicherung auch für die anderen Sozialversicherungsbereiche: Arbeitslosenversicherung fällt für Lehrer im Moment gar nicht an, müsste aber dann ebenfalls vom Steuerzahler bezahlt werden...



Der Grundfehler in der Rentenversicherung ist, dass nicht aus den Beiträgen der Aktiven ein Kapitalstock erzeugt wurde/ wird, aus dem dann später die Rente finanziert wird, sondern unverändert am Umlageprinzip festgehalten wird. Bei immer weniger Beitragszahlern und immer mehr Rentnern führt dies zum Kollaps. (Hilfe gibt hier der Staat, indem er mit seinem Kapital aushilft.)

Das würde sich auch bei Einbeziehung der Beamten in die Rentenversicherung nicht ändern, da bei ihnen die Alterspyramide genauso auf dem Kopf steht.

Bei Kirchenbediensteten, Ärzten und anderen mehr und eben Beamten ist die Altersversorgung im Prinzip kapitalfinanziert und funktioniert deshalb. Das sollte man nicht zerstören.

Wären Lehrer keine Beamten mehr, hätten sie vor allem das Streikrecht.

Bei den unzureichenden Arbeitsbedingungen in den Schulen (mancherorts gibt es nicht einmal einen Stuhl für alle im Lehrerzimmer, geschweige denn einen vernünftig ausgestatteten Arbeitsplatz), der unzureichenden Ausstattung bei der Inklusion, der hohen Arbeitszeit 41 statt 38.5 Stunden) u. v. a. m gäbe es genug, dass man mit Streik zu erreichen versuchen müsste. Das meiste davon kostet dann richtig Geld.

Und der Schulbetrieb würde über lange Zeit seine Zuverlässigkeit verlieren.... wollen wir uns das als Gesellschaft leisten? Der Beamtenstatus ohne Streikrecht ist der Korken auf allen diesen Punkten. Wenn man ihn aus ideologischen oder populistischen Gründen entfernt, knallt es richtig.

Und wenn Schule, durch Streiks verursacht, nicht mehr zuverlässig funktioniert, wird wahrscheinlich alsbald die Schulpflicht diskutiert werden müssen ... eine der Grundlagen unseres wirtschaftlichen Erfolgs und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Zuverlässigkeit und beedete Verfassungstreue sind gute Gründe, warum beamtete Lehrkräfte ein Grundpfeiler unserer demokratischen Grundordnung sind.

Helge Pepperling

dlh - Öffentlichkeitsarbeit